

Die Reduktion der Bildung auf die berufliche Weiterbildung

Will man den Wandel in der Erwachsenenbildung der letzten Jahrzehnte beschreiben, so stellt man fest, dass sie heute weitgehend der Prämisse einer aufs berufliche Leben ausgerichteten sogenannten Weiterbildung folgt. Das fand seinen Ausdruck im erbitterten Kampf um den Bildungsbegriff, den manche als pure Wortklauberei abtaten. Aber es ging damals, vor ungefähr 20 Jahren, um einen Paradigmenwechsel, als sich in den Kantonen die Politiker stritten, ob jetzt Erwachsenenbildung zur Bildungs- oder Erziehungsdirektion oder ins Wirtschaftsdepartement gehöre, wer diese Bildung zu gestalten und zu finanzieren habe und welchem Zweck sie dienen sollte. Schliesslich rückte der Begriff Erwachsenenbildung in den Hintergrund und wurde durch Weiterbildung ersetzt. Mit dem Vormarsch der neoliberalen Ideologie stand die ökonomische Nutzbarkeit im Vordergrund. Mehr noch: Die schnelle Verwertbarkeit von Wissen und der Profit, der daraus geschlagen werden kann, haben die Bildung mehr und mehr verdrängt.

Selbstverständlich diente die Erwachsenenbildung oft auch dem Erwerb neuer beruflicher Qualifikationen oder dem Erwerb von Fremdsprachen, die im Berufsleben eine zunehmend wichtigere Rolle spielen. Aber immer war Bildung auch mit einem emanzipatorischen Anspruch

Linda Stibler und Ute Klotz

Die Journalistin und Erwachsenenbildnerin Linda Stibler war über zwei Jahrzehnte hinweg bildungspolitisch aktiv, unter anderem bei der Umsetzung der ersten grossen Schulreform im Kanton Basel-Stadt, als Stiftungsrätin der Volkshochschule beider Basel, als Delegierte bei der IKEB (Interkantonale Konferenz für Erwachsenenbildung). Ute Klotz ist Volkswirtin und Informationswissenschaftlerin, schreibt über bildungspolitische Themen und gehört zum Redaktionsteam der Zeitschrift ›vpod bildungspolitik‹. Beide Autorinnen sind Mitglied der Denknnetz-Fachgruppe Bildung.

verknüpft; darin hatte auch das nicht zweckgerichtete Lernen aus eigenem Antrieb und Interesse seinen Platz. Die Bemühungen um eine Volksbildung am Anfang des 20. Jahrhunderts zeigen das deutlich: Alle Volksschichten sollten Zugang zu Bildung bekommen, davon versprach man sich mündige, demokratiefähige Bürger. Beinahe alle Volkshochschulen, die in jener ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden, bekannten (und bekennen sich heute noch) zu diesem Grundsatz.

Schlagwort ›Mangel an Bildung‹

Beim heute dominierenden Weiterbildungsbegriff ist davon nicht mehr viel übrig geblieben. Die Veränderungen liefen parallel zum technologischen Wandel seit den 1970er-Jahren. Das digitale Zeitalter begann beinahe alle Bereiche der Wirtschaft zu durchdringen. In einem schleichenden Prozess wurden ihm auch die schulischen Bildungsinhalte untergeordnet: Sprache wurde auf ›Kommunikation‹ zugerichtet, mathematisches Denken auf technisches Verständnis eingeschränkt. Die nutzbaren Fertigkeiten – sogenannte Kompetenzen – wurden überbewertet, andere wichtige, aber ›nutzlose‹ Inhalte wurden marginalisiert oder verdrängt. Das alles geschah mit der Begründung, es herrsche ein Bildungsnotstand und die Schulabgänger würden den Anschluss an die Berufswelt verpassen.

Der angebliche ›Mangel an Bildung‹, wie er seither beschworen wird, dient der Verschleierung der derzeitigen ökonomischen Realität. Es ist nun beileibe nicht der Mangel an Bildung, der die Menschen arbeitslos gemacht hat, sondern eine ausschliesslich auf Gewinn und Profit ausgerichtete Wirtschaft, die den Strukturwandel genutzt und ihn schamlos weltweit vorangetrieben hat. Aufgrund der neuen Technologien wurde die sogenannte Globalisierung in diesem Ausmass erst möglich und führte zum Umbau ganzer Industrie- und Erwerbszweige, zu Auslagerung, Abwanderung und Massenarbeitslosigkeit.

Die sozialen Kosten hatte überall auf der Welt die öffentliche Hand zu tragen. Aber weil nicht nur Arbeitsplätze vernichtet wurden, sondern in gewissen Sektoren auch neue entstanden, setzte man auf die Umschulung oder ›Weiterbildung‹. Das nahm bei uns nach der Ölkrise zu Beginn der 1970er-Jahre, dem ersten grossen wirtschaftlichen Einbruch nach dem Ende des 2. Weltkrieges, seinen Anfang. Damals gab es die ersten Weiterbildungsmassnahmen innerhalb der Arbeitslosenversicherung. Und so musste niemand über die Kosten diskutieren, denn sie wurden von der Versicherung und später auch von Zuschüssen des Bundes und der Kantone finanziert. Die Wirtschaft insgesamt leistete nur einen Bruchteil an Umschulungen und konnte so wiederum die Kosten sozialisieren.

Nun war diese Bildungsinitiative im Rahmen der Arbeitslosenversicherung teilweise eine richtige soziale Massnahme, und vor allem in den Anfängen wurde Wert darauf gelegt, dass die Arbeitslosen auch Unterstützung bei der Stellensuche bekamen, ihre Kommunikationsfähigkeiten verbessern und auch ihre Interessen besser wahrnehmen konnten. Noch waren die Kassen der Arbeitslosenversicherung gefüllt. Mehr und mehr aber wurden diese Weiterbildungsmassnahmen einseitig der mög-

lichst raschen Vermittelbarkeit untergeordnet, und sie wurden auch als Druckmittel gegenüber den Arbeitslosen eingesetzt – zum Beispiel ein neues Berufsfeld zu betreten, schlechter bezahlte Arbeit oder unsichere Arbeitsverhältnisse in Kauf zu nehmen. Wie jüngere Untersuchungen des Secos durch Ragni (2007) zeigen, haben »die Arbeitslosenkurse keine Effekte oder per saldo signifikante negative Effekte auf die Abgangsrate aus der Arbeitslosigkeit« (S.10). Was nichts anderes heisst, als dass die Verlockung oder der Druck, eine Stelle anzunehmen, oft zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse führt. Diese Feststellung belegt: Weiterbildung allein schützt nicht vor Arbeitslosigkeit, denn das Grundproblem der strukturellen Arbeitslosigkeit wird ausgeblendet. Spycher, Detzel, Guggisberg, Weber, Schär Moser und Baillod (2006) stellen dazu in ihrer Studie ›Ausländer/innen, Erwerbslosigkeit und Arbeitslosenversicherung‹ fest: »Die Gefahr, erwerbslos zu werden, ist stärker mit Berufen und Branchen zu erklären. Dort trifft es auch Menschen mit guten Ausbildungen« (S.5).

Zudem muss festgehalten werden, dass sich die Anforderungen infolge der Strukturveränderungen laufend veränderten. Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und die damit verbundene Mobilität und Migration verschärfte die Situation noch, denn plötzlich stand eine grössere Zahl von Bewerbern einer weit kleineren Zahl von Angeboten gegenüber. Da half nicht Bildung, sondern ›Lotterieg Glück‹.

Schlagwort ›mangelhafte Bildungsqualität‹

Zur gleichen Zeit gab es immer schärfere Attacken, zumeist angestossen von neoliberalen Ideologen, die das öffentliche Bildungswesen generell angriffen und den Bildungsstand der Schulabgänger kritisierten. Diese Kampagnen waren durchaus europaweit inszeniert. (siehe auch Krautz, 2009). Es waren oft selbsternannte Bildungsfachleute und private Bildungs- und Wirtschaftsorganisationen, die unter Umgehung aller demokratischen Prozesse Druck auf die öffentlichen Bildungsinstitutionen ausübten. Pisa und später Bologna sind dafür zwei Beispiele. Angelpunkt waren die sogenannten Ratings (parallel zu den Agenturen in der Wirtschaft, die auf die Politik Einfluss nehmen, ohne demokratisch legitimiert zu sein). Sie mündeten in fragwürdige Forderungen nach internationaler Standardisierung und sogenannten Qualitätssicherungsmassnahmen, die auch in der Erwachsenenbildung respektive Weiterbildung durchgesetzt werden sollten. Auch die bestehenden beruflichen Abschlüsse blieben von diesen Einflüssen nicht verschont.

In der Öffentlichkeit blieben diese pausenlosen Angriffe auf die angebliche mangelnde Bildungsqualität nicht ohne Wirkung. Das führte zu

Verunsicherung und Angst und schliesslich auch zur Annahme, Arbeitslose seien an ihrer Arbeitslosigkeit wegen ihrer fehlenden Bildungsanstrengungen selber schuld. Um sich dagegen zu wappnen, unternahmen jetzt viele Menschen präventiv Weiterbildungsanstrengungen, aber immer mit dem vordergründigen Ziel, irgend ein Papier oder ein Zertifikat zu ergattern. Es entstand ein eigentlicher Weiterbildungsmarkt, der sowohl von den Aufträgen der Arbeitslosenversicherung als auch von privater Nachfrage profitierte, enorm wuchs und dabei unüberschaubar wurde.

Vielleicht muss in diesem Zusammenhang in Erinnerung gerufen werden, dass die globalen Strukturveränderungen erst durch die Ausserkraftsetzung rechtsstaatlicher Normen und die Durchsetzung neuer international gültigen Regelungen möglich waren. Das wurde mit einem starken Druck auf die demokratischen Institutionen, auf die Politik in den verschiedenen Ländern erreicht, und mit der Errichtung neuer internationaler Institutionen, die sich oft ohne demokratische Legitimation etablieren konnten. Auch hier zeichnet sich ein Muster ab: Je mehr die Demokratie beschworen wurde, desto mehr war sie gefährdet, je mehr in der Bildung von Chancengleichheit geredet wurde, desto weiter rückte sie in die Ferne, wie das die deutsche Erziehungswissenschaftlerin Lohmann (1999, Kapitel 3.1: Neue Euphemismen: Autonomie der Schule) im Detail schildert.

Man fragt sich, wie das möglich war. Das Druckmittel hiess und heisst noch heute: Arbeitsplätze. Drohung und Erpressung sind die Kampfmittel des Neoliberalismus. Die Rechtfertigung: Konkurrenz.

Weltweite Normierung von ArbeitnehmerInnen

Beinahe unglaublich aber, wie erfolgreich diese Strategie in den vergangenen 20 Jahren war und wie rasch sie alle Lebensbereiche durchdrang. Es ist nicht vermessen zu behaupten, dass dieses Klima der Konkurrenz und der Angst zu manchen unerfreulichen Entwicklungen im zwischenmenschlichen Bereich geführt hat, angefangen von der Verachtung der Mitmenschlichkeit, dem Mangel an Respekt bis hin zum Mobbing und der Gewaltbereitschaft jener, die sich in die Ecke gedrängt fühlen. Das ist erwähnenswert, weil es auch im Bildungsbereich zu beobachten ist, man dafür aber immer andere Erklärungen sucht. Gewalt an Schulen hat oft mit dem Leistungsdruck zu tun und Mobbing am Arbeitsplatz mit der Angst vor dessen Verlust.

Ziel der Ökonomisierung ist es, auch in der Bildung das Konkurrenzprinzip – man nennt es verschönernd ›Exzellenz‹ oder ›best practice‹ – durchzusetzen. So soll sicher gestellt werden, dass das Humankapital op-

timal verwertet werden kann, dass möglichst weltweit immer jenes Personal zur Verfügung steht, das den jeweiligen Anforderungen entspricht und durch einen möglichst vergleichbaren ›Bildungsstand‹ (standardisierte Kompetenzen) möglichst weltweit genormt ist. Die erfolgreichsten Unternehmungen können sich die besten Mitarbeiter – ebenfalls weltweit – aussuchen. Das ist natürlich eine absurde Annahme und sie steckt auch voller Widersprüche in sich. Vorab wird die Mobilität der Menschen gefördert, was durchaus beabsichtigt ist. Doch diese Mobilität auf dem Arbeitsmarkt führt immer wieder zu neuen Problemen – nicht zuletzt in den Schulen und in der Gesellschaft. Diese Probleme werden laufend so gelöst, dass sie immer wieder neue Probleme kreieren, was zwar nicht beabsichtigt, aber unumgänglich ist.

Bildungspolitik gemäss den Bedürfnissen der Wirtschaft

Bleibt noch die Frage nach den Kosten. Zwar möchte man die Bildung gerne dem Markt überlassen, doch es fehlen die Mittel, um diese teuren Einrichtungen am Leben zu erhalten, und es fehlen vor allem die Nutzer, die das bezahlen könnten. Man setzt deshalb darauf, die Unsummen für die Forschung und höhere Bildung von der öffentlichen Hand bezahlen zu lassen, ihr aber jegliche Mitsprache vorzuenthalten. Auf diesem Kampfgebiet sind wir mit der Auslagerung und den öffentlichen Globalbudgets an Universitäten schon weit vorangeschritten.

Gleichzeitig muss aber sichergestellt werden, dass das Humankapital immer Nachschub erhält. Und weil auch die Volksschulen Geld kosten und man diese Kosten nicht beliebig auf die privaten Haushalte abwälzen kann, sollen diese zwar weiterhin von der öffentlichen Hand finanziert, aber ihre Bildungsinhalte auf die Bedürfnisse der abnehmenden höheren Bildungsinstitutionen und der abnehmenden Wirtschaft ausgerichtet werden. Dazu braucht es ein immer differenzierteres Selektionssystem, das die Zugänge regelt, sie – je nach Bedarf – öffnet oder verengt. Auch das wird heute schon praktiziert: Wo der Andrang nach oben zu stark wird, werden plötzlich Barrieren hochgezogen, die Zugangsbedingungen verschärft. Und wo Mangel herrscht, werden sie abgebaut. Doch die Menschen funktionieren nicht als Humankapital. Und deshalb schlagen manche dieser Bemühungen fehl, wenn ein Berufsfeld unattraktiv wird (z.B. im Pflegebereich) oder plötzlich ein gravierender Mangel auftaucht (z.B. bei Fachlehrkräften).

Ausserdem hat die generelle Verschlechterung der Löhne und Arbeitsbedingungen und nicht zuletzt das sinkende Prestige der einfachen oder handwerklichen Berufe die Eltern darin bestärkt, ihre Kinder

möglichst in die höchsten Schulen zu bringen, solange sie sich das noch leisten können und die Schulen von der öffentlichen Hand finanziert werden. Wenn so Mangelsituationen entstehen – zum Beispiel, dass in gewissen gesellschaftlich wichtigen Berufszweigen plötzlich ein Lehrlingsmangel eintritt –, müssten logischerweise die Bedingungen verbessert werden. Doch auch hier verlagert man das Problemfeld, indem man Lehrlinge von weither holt – unter anderem im Ausland –, so neue gesellschaftliche Probleme schafft und die Folgekosten gerade im Bildungsbereich nochmals erhöht. Die öffentliche Hand bezahlt die Ausbildungsgänge für die Lehrlinge aus andern Kantonen oder andern Ländern und muss unter Umständen noch zusätzlich Sozialhilfe leisten für jene Jugendlichen, die auf der Strecke bleiben. Zudem ist keineswegs sichergestellt, dass die Abnehmer auf diese Weise die besseren Lehrlinge bekommen.

Bildung – ein für viele unerschwingliches Gut

Immer wieder stellt sich die Frage nach den finanziellen Mitteln. In angespannten Zeiten, wie wir sie jetzt erleben, spart man zuerst im Bildungsbereich. Und spart auch hier auf Kosten jener unteren Schichten, die ohnehin zu kurz kommen. Nach einer Untersuchung des Beobachters haben jene Kantone, die sich im Steuerwettbewerb hervorgetan haben, in den letzten Jahren die Gebühren im Bildungssektor massiv – bis ums Zehnfache – erhöht. In anderen Kantonen wurden die Brücken- und Übergangsangebote – das sogenannte 10. Schuljahr – gestrichen. Damit verschärfen sich die Probleme jener Jugendlichen, die den Abschluss verfehlt und den Anschluss verpasst haben. Sie sind gezwungen, einen zumeist prekären Job anzunehmen oder sich auf eigene Kosten weiterzubilden (was die meisten nicht können). Manchmal fallen sie auch der Sozialhilfe zur Last.

Im Bereich der Weiterbildung besteht nach wie vor die Tendenz, die Kosten möglichst auf die Individuen selbst abzuschieben. Arbeitgeber leisten in der Regel nur berufliche Weiterbildung, die ihnen einen kurzfristigen, direkten Nutzen bringt. Auch hier sind es höhere Kader und bereits gut ausgebildete Personen, die davon profitieren können, wie zahlreiche Untersuchungen immer wieder zeigen. Es scheint keine Veränderungen zu geben. Seit Jahrzehnten werden diese Mängel beklagt, und seit Jahrzehnten belegen Untersuchungen, dass Kinder aus der Unterschicht massiv schlechtere Chancen haben und dass wenig gebildete Menschen auch als Erwachsene weit weniger Zugang zu Bildung haben. Trotzdem redet man seit Jahrzehnten von Chancengleichheit.

Der Gerechtigkeit halber muss auch die Rede davon sein, dass diese vorgängig geschilderte Entwicklung keineswegs linear und reibungslos ablief – weder in der Schulbildung noch in der Erwachsenenbildung. Es waren vor allem Pädagogen und Leute aus der Erwachsenenbildung, die sich für wirksamere Verbesserungen einsetzten. Und oft wurden ihnen mit den von neoliberaler Ideologie geprägten Reformvorhaben auch Versprechungen gemacht – zum Beispiel die Durchlässigkeit bei Bildungsgängen zu verbessern oder im Erwachsenenbildungsbereich die Nachholbildung zu erleichtern, etwa indem man in sogenannten Attestverfahren auch ausserschulische Kompetenzen berücksichtigt. Fachhochschulen sollten eine Verbindung zur Berufspraxis schaffen. Zu diesem Versprechen gehörte auch die mit einer Prüfung erreichbare Zugangsberechtigung für Leute mit einem Berufsabschluss. Diese wurde in einer Verordnung des Bundes vor Kurzem abgeschafft: Inländische Studenten müssen eine Matur oder eine Berufsmatur vorweisen; für ausländische Studenten wird es weiterhin Ausnahmen geben, weil teilweise höhere Gebühren für ausländische Studierende möglich sind! Was wiederum mit dem Zwang der Hochschulen zur Beschaffung von Eigenmitteln zusammenhängt.

Bildung für den ganzen Menschen

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert hat die EU jenes ominöse Jahr zum lebenslangen Lernen ausgerufen, das auch von der Schweiz übernommen wurde. Es waren aber vor allem die grossen Erwachsenenbildungsorganisationen, die diese Kampagne trugen, nicht zuletzt, um die dominanten Ansprüche der Wirtschaftswelt zurückzudrängen und ein Recht auf Erwachsenenbildung für alle zu postulieren. Denn die Welt der Erwachsenen besteht nicht allein aus Arbeit. Mündige Bürger müssen einen Überblick über alle Lebensbereiche haben. Berufsleute sollen in der Lage sein, den Zusammenhang zwischen ihrem Tun und den gesellschaftlichen Auswirkungen zu erkennen. Bildung ist unverzichtbar für ein gutes Leben, und sie allein garantiert das Überleben der Demokratie. Das ist der Grund, weshalb man Weiterbildung nicht von der Allgemeinbildung trennen soll und ihre Rahmenbedingungen nicht dem Markt überlassen darf.

Nach Vorstellung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) soll die öffentliche Hand zwar finanzielle Leistungen erbringen, aber keinerlei Vorschriften machen dürfen und im Weiterbildungsbereich möglichst nicht selber aktiv werden, sondern die Initiative dem privaten Bildungsmarkt überlassen (vergleiche dazu Vernehmlassung zum Weiterbildungsgesetz). Das ist inakzeptabel.

Was wäre zu tun?

- Bund und Kantone müssen einen Rahmen für die Erwachsenenbildung und die Weiterbildung setzen. Sie müssen eine Orientierung über Bildungsmöglichkeiten anbieten und eine Beratung sicherstellen. Das wäre denkbar mit öffentlich finanzierten Bildungszentren an möglichst vielen Orten.
- Der Staat soll dort korrigierend eingreifen, wo wichtige Bildungsangebote nicht existieren oder wegen zu hoher Nachfrage übersteuert sind. Hier müssen auch staatliche Angebote möglich sein.
- Im Sinne einer echten Chancengerechtigkeit müssten die Kurskosten für Nachholbildung für Bildungswillige vom Staat übernommen werden (Nachholen von Abschlüssen auf der Sekundarstufe II).
- Gleichzeitig muss es einen gesetzlich verankerten Anspruch auf Bildungsurlaub für Arbeitnehmende geben (z.B. nach Anzahl geleisteter Berufsjahre). Die Wahl des Bildungsinhaltes muss frei wählbar sein.

Literatur

- Krautz, J. (2009): Bildung als Anpassung? Das Kompetenz-Konzept im Kontext einer ökonomisierten Bildung. *Fromm Forum* 13/2009. Online (18.07.2012): <http://fachbereich-bildungswissenschaft.de/wp-content/uploads/krautz-bildung-als-anpassung.pdf>.
- Lohmann, I. (1999): Strukturwandel der Bildung in der Informationsgesellschaft. Online (18.07.2012): www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/16DGFE.html.
- Ragni, T. (2007): Die Wirksamkeit der öffentlichen Arbeitsvermittlung in der Schweiz. Übersicht über die Hauptergebnisse des ›Follow-up‹ der Evaluation der aktiven Arbeitsmarktpolitik und Beurteilung der sechs Abschlussberichte. DP-Diskussionspapier, Staatssekretariat für Wirtschaft, Direktion für Wirtschaftspolitik. Online (18.07.2012): www.seco.admin.ch/dokumentation/publikation/00011/00033/02027/index.html?lang=de
- Spycher, S.; Detzel, P.; Guggisberg, J.; Weber, M.; Schär Moser, M. & Baillod, J. (2006): Ausländer/innen, Erwerbslosigkeit und Arbeitslosenversicherung. Studie im Auftrag der Aufsichtskommission für den Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung. Seco-Publikation, Arbeitsmarktpolitik No 16. Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS), Büro für arbeits- und organisationspsychologische Forschung und Beratung (büro a&o), Bern. Online (18.07.2012): www.seco.admin.ch/dokumentation/publikation/00004/00005/01793/index.html.